

Identitätsmanagement im fragmentierten Kleinstaat

Hettlage, Robert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hettlage, R. (1989). Identitätsmanagement im fragmentierten Kleinstaat. In M. Haller, H.-J. Hoffmann-Nowotny, & W. Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988* (S. 415-431). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-148755>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Identitätsmanagement im fragmentierten Kleinstaat

Robert Hettlage

I. Identitätsmanagement von Individuen und Staaten

1. Identität und der Zwang zur Selbstdarstellung bei Individuen

Es ist das Verdienst der interpretativen Soziologie, gezeigt zu haben, daß Menschen über ihre Sinndeutungen Wirklichkeit interaktiv herstellen. Das gilt gerade auch für das Selbst. Identität ist kein fester, sondern eher ein jeweils »bewirkter Bestand« bzw. ein laufendes Sich-Entwerfen in die Welt hinein. Die interaktive Verknüpfung macht es aus, daß die Abhängigkeit von anderen erheblich ist, ja daß die Selbstbehauptung zum Problem wird. Eigene Ansprüche können auf Gegnerschaft stoßen, Handlungsentwürfe können fehlinterpretiert werden etc. Situationen sind also nie zweifelsfrei und eindeutig »gegeben«. In Interaktionen sind deswegen alle laufend damit beschäftigt zu kontrollieren, ob alles »in Ordnung ist«. Goffman (1977: 50) hat dies in der »Rahmenanalyse« meisterhaft dargestellt. Damit alles »in Ordnung« bleibt, damit die Situationen vorläufig, für den Hausgebrauch, festgestellt werden können, müssen sie einander sichtbar gemacht werden. M.a.W. die eigenen Entwürfe, die Identität selbst bedarf immer der Selbst-Darstellung. Ein großer Teil unserer Handlungen ist darauf angelegt. Und wenn uns diese Darstellung nicht gelingt, so müssen die Verluste, wenigstens eingedämmt werden, d.h. es bedarf neuer Anläufe, um verfahrenere Situationen in den Griff zu bekommen bzw. um Verletzungen zu heilen. Viele unserer interaktiven Beschäftigungen sind solche Heilungsversuche. Diese Darstellungsstrategie nennt Goffman (1959) (1983: 189 ff) »Eindrucksmanagement«. Es ist ein gängiges Mißverständnis, dahinter nur das zwanghafte Bemühen des Prestigesüchtigen um »gute Eindrücke« zu sehen. Der Gedanke der Selbstdarstellung reicht viel tiefer. Er zielt nämlich darauf, daß unsere prekäre Existenz auf Voraussehbarkeit, Erwartbarkeit, Risikobegrenzung angewiesen ist und dadurch einer gegenseitigen »Erklärung« und »Darstellung« der Intentionen zwingend bedarf.

2. Das Identitätsmanagement von Nationen

Wenn überhaupt, dann hat man die Rahmungsthematik bisher höchstens als mikrosoziologische Besonderheit zur Kenntnis genommen. Der Bogen muß aber viel weiter gespannt werden. Wirklichkeitskonstruktion ist ein allgemeines soziologisches Phänomen und deswegen auch für Gruppenhandlungen zutreffend bzw. auf kollektive Akteure übertragbar.

Es bietet sich an, diese Überlegungen auch auf *Nationen* als Akteure einer weltweiten Auseinandersetzung um Interessendurchsetzung zu übertragen. Auch im internationalen Feld wirtschaftlicher, politischer und kultureller Interessen ist die Identität von Nationen, insbesondere von Klein- und Kleinststaaten einem beständigen Druck ausgesetzt. Gemeint ist hier weniger die kriegerrische Auslöschung, Verwüstung, Spaltung oder Unterjochung, sondern auch noch stärker die Gefährdung durch »Vergessen«, klischeehafte Bildverzerrung, Stigmatisierung, ethnozentrische Vorurteile. Werden solche Reputationspotentiale entscheidend geschwächt, dann sind die realen politischen und ökonomischen Folgen meist unmittelbar zu spüren. Tatsächlich wächst im Zuge steigender internationaler Verflechtung auf den verschiedenen Märkten die Störanfälligkeit solcher Selbstdarstellungen. I.w.S. zielt nationale Politik (und nicht nur Kulturpolitik, sondern auch Außen- und Wirtschaftspolitik) deswegen auch darauf, »gute Eindrücke« auszutauschen, wie Goffman das nannte: sei es zur Sicherung bestehender Einflußchancen in Politik und Wirtschaft (Marktchancen, Selbstbewahrungschancen), sei es zur Garantie pluraler Teilhabe in Gegenwart und Zukunft, sei es schließlich zur Sicherung eines Rückzugsbereichs und der Selbstbewahrungschancen durch Disengagement.

Internationale Verflechtung und Öffentlichkeit bedingen also für Einzelstaaten eine Identitätsarbeit. Sie kann aber nicht zum Erfolg kommen, wenn sie nicht auch nach innen wirkt und möglichen Verunsicherungen der Gesellschaftsmitglieder entgegenwirkt. Nur mit selbstsicheren, für Ziele der Selbstbehauptung mobilisierbaren Mitgliedern kann sich heute (mehr denn je) ein Staat in seiner Selbständigkeit behaupten. Die Notwendigkeit, einem möglichen Verlust von Selbstverständnis vorzubeugen, gilt insbesondere dann, wenn es sich um hoch fragmentierte Staaten handelt.

II. Formen und Probleme des Identitätsmanagements eines fragmentierten Kleinstaats: Die Schweiz als Beispiel

Gemäß unseren bisherigen theoretischen Vorüberlegungen zum individuellen und ethnischen Identitätsmanagement wollen wir im folgenden zwischen zwei Richtungen der Schweizer Selbstdarstellung unterscheiden, einer internen und einer externen (wobei die jeweilige Analyse der Träger und »Fabrikanten« dieser Bilder – so nötig sie auch ist – hier ausgespart werden muß). »Die Schweiz« ist dabei eine beinahe unzulässige Vereinfachung, die aber um der Klarheit der Argumentation willen hier in Kauf genommen wird.

A. Das nach innen gerichtete Identitätsmanagement der Schweiz

Unter der Kurzformel »internes Identitätsmanagement« soll hier der laufende Entwurf eines *Bildes der Schweiz* verstanden werden, das auf die *Selbstverständigung* der Schweizer unter sich zur Bestätigung, Verfestigung und Verteidigung einer gewünschten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebensform abzielt. Gemeint ist weniger, damit die generelle Kommunikation untereinander zu steigern, als der Versuch, einen bestimmten *Rahmen* für Kommunikation festzulegen, also *Identifikationsangebote* – und seien es Stereotype, Glaubenspostulate etc. – hinsichtlich eines umgrenzten, besonders beschaffenen Lebensraums, einer bestimmten Lebensweise, einer Pionierleistung kooperativer Zusammenarbeit vorzustellen, auf die sich das Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder festlegen soll. Natürlich ist sofort zu fragen, warum ein solches Bedürfnis besteht.

1. Die Notwendigkeit interner Selbstverständigung

Mögen die Gründe für eine laufende Selbstdarstellung in einem vorgegebenen Kommunikationsrahmen bei relativ kompakten, homogenen Nationalstaaten möglicherweise weniger zwingend erscheinen, so leuchten sie unmittelbar ein, wenn es sich um *komplexe* Gesellschaften mit hoher interner Differenzierung in sozialstruktureller und kultureller Hinsicht handelt. Dies ist beim Beispiel der Schweiz fraglos der Fall.

Es ist nicht schwer, eine Reihe solcher strukturellen *Gefährdungen* in der Schweiz zu nennen:

a) Gefährdungen durch kulturelle Zentrifugalität

Dem auswärtigen Beobachter erscheint die Schweiz häufig als ein Modell staatlicher Integration unter kultureller Vielfalt. Er übersieht aber leicht das Ausmaß

und die Tiefe der Kulturspaltung (»Rösti«-Graben) zwischen Deutschschweizern und Romands.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

(1) In der Schweiz fehlt ein gemeinsames kulturelles Zentrum. Die Welschen und die Tessiner haben ihre »Kulturhauptstädte« in Paris und Mailand, während die Deutschschweizer keine vergleichbare Außenorientierung kennen.

(2) Diese Zentrifugalität wird bei den Romands von der ständigen Sorge überlagert, das deutliche zahlenmäßige Übergewicht der Deutschschweizer (73,5%) könne sich auch als politische und wirtschaftliche Herrschaft über die Minderheiten niederschlagen. Tatsächlich liegt das »goldene« wirtschaftliche Dreieck in der Gegend von Zürich, also in der deutschen Schweiz.

(3) Spannungssteigernd wirkt, daß die wirtschaftlichen Dependenzgefühle von kulturellen Überlegenheitsvorstellungen bei den Romands überlagert werden. Aus diesem Grund ist ihre Sprachverweigerung dem Deutschen (oder besser dem Schwyzerdütschen) gegenüber notorisch. Mögliche Verschiebungen eingespielter territorialer Sprachgrenzen (sog. »Sprachenfriede«) werden argwöhnisch beobachtet.

b) Fragmentierte Herrschaftszentren

(1) Große Aufmerksamkeit hat im Ausland seit je her die starke politische Gliederung der Schweiz hervorgerufen. Meist wird aber die zentrale politische Rolle dieser 26 Kantone noch unterschätzt. Sie sind schon der Verfassung nach der eigentliche »Souverän«, dem gegenüber der Bund nicht als »der Staat« anerkannt ist. Wir haben es also nicht mit einem, nicht mit einigen wenigen, sondern mit mindestens 26 Interessenlagen und Herrschaftszentren zu tun. Der Bund dient nur dem Schutz der Integrität des Territoriums und der Förderung der nationalen Wohlfahrt, d.h. die Kantone bedienen sich der Förderung, ein Zentralstaat war aber nicht beabsichtigt. Deswegen verwahren sich die Kantone – trotz aller Zentralisierungstendenzen – streng gegen eine politische (und auch schon terminologische) Umdeutung der Confederatio Helvetica in einen »Schweizer Staat«. Verstärkte politische Integration zieht unweigerlich eine intensive Suche nach kultureller Identität nach sich (Freymond 1988: 104).

Daß die Kantone Zentrum der Politik und der Kultur sein sollen und wollen, zeigt sich auch am Zweikammersystem, in dem Nationalrat (Parlament) und Ständerat (als Stimme der Kantone) gleichgestellt sind. Da es zu Verfassungsänderungen der Mehrheit jeweils beider Kammern bedarf, erhalten die kleinen Kantone dadurch relativ starke Veto-Rechte.

(2) Genau besehen, reicht die politische und kulturelle »Veruneinigung« noch viel weiter, denn die Grundlage kultureller Identifikation liegt erst in zweiter Li-

stung auszusetzen drohen, kommt das Adjektiv »freundeidgenössisch« zum Zug. So etwa wurde kürzlich wieder nach der heftigen Debatte um den Energieartikel und die Lastenverteilung auf die Kantone von der Presse die »freundeidgenössische« Grundhaltung als öffentliche Tugend eingefordert, ohne die der Staat nicht zusammenhalten könne.

Ähnlich steht es mit dem Appell an »gutschweizerische« Verhaltensweisen. Hier liegt das Gewicht auf der Weisheit der Tradition, die nicht nur vorteilhaft war, sondern auch ein Wert an sich ist. Gutschweizerisch sich verhalten kann man, weil man seine Geschichte gut kennt und weil das kollektive Gedächtnis den Themen Kooperation, Eid, Zusammenhalt, Vertragstreue, Bündnis- und Bindungsfähigkeit etc. in der Presse und in den Schulbüchern sehr gepflegt wird (Schmid 1981: 77 ff).

Wie sehr Wörter nicht nur Namen für Dinge, sondern ganze »Abbreviaturen« für Haltungen, Selbstverständnisse und Situationsdeutungen (Burke 1966: 294) sind, zeigt sich an einem weiteren Sprachphänomen. Da, wo es um die potentiell bedrohliche Außenwelt geht, in der die Schweiz ihren Platz finden muß, werden andere *einheitsstiftende Sprachwendungen* eingesetzt. Hier wird – für Auswärtige auffällig – das Adjektiv schweizerisch so eng mit dem jeweils hoch geschätzten Substantiv verschmolzen, daß ein einziges Wort daraus wird. So schreibt man von unseren »Schweizerbergen«, unserer »Schweizergeschichte«, unser »Schweizervolk«. Sie bilden ein einziges Bollwerk gegen außen, das schon sprachlich nicht auseinanderzureißen ist. Weitere hochbesetzte Gegenstände können so emphatisch unterstrichen und sakralisiert werden: der »Schweizerpaß«, die »Schweizerflagge«, die erfolgreiche »Schweizerschule« im Ausland. . . Das Bollwerk hält nur, wenn Trennendes im Inneren überwunden ist. Schon linguistisch erscheint eine Trennung des Schweizers von seinen nationalen Symbolen als zu beliebig, zu austauschbar und zu verletzbar. Einheit wird hier sogar terminologisch erzwungen.

Dies kommt nicht von ungefähr, denn die Herausforderung, der sich die Schweiz gegenüber sieht, ist nicht nur eine interne, sondern auch genauso gut eine externe. Sowohl die innere Fragmentierung als auch der Kleinstaat sind jeder auf seine Weise bedrohlich und erzwingen eine besondere Form der Selbstdarstellung.

B. Das nach außen gerichtete Identitätsmanagement

1. Die Notwendigkeit der Selbstdarstellung

Im Zeitalter weltweiter Verknüpfungen der Politik, des Handels und der Finanzmärkte schränken sich die Möglichkeiten insularer Segregation laufend ein. Jedes Land ist möglicher Bezugspunkt weltweiter Interessen, Einflußsphären und Pres-

sionen, unter denen es sich zu behaupten gilt. Die Gewichte sind dabei bekanntlich keineswegs gleichmäßig verteilt. Jeder Staat muß daher ein vitales Interesse daran haben, seine Definitionsmacht und seine Interessen und damit auch ein bestimmtes Selbstverständnis möglichst frühzeitig und wirksam ins Spiel zu bringen.

Für die *Schweiz* ist diese Notwendigkeit der Selbstdarstellung eine besondere. Sie hängt wesentlich mit der Kleinstaatlichkeit und der natürlichen Ausstattung des Landes zusammen. Flächenmäßig ist die Schweiz nur halb so groß wie Bayern. Davon ist ein Drittel von Bergen durchzogen. Bodenschätze fehlen gänzlich. Folglich ist sie auf Handel, auf eine intelligente Nutzung ihres Gebietes, auf die Ausnutzung der natürlichen Vorteile wie landschaftliche Schönheit, auf die Zuverlässigkeit der Leistungen, auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsbereitschaft und die Attraktivität der Gesamtordnung (z.B. Kapitalmarkt) angewiesen.

Diese gewaltige *Abhängigkeit* von außen dokumentiert sich darin, daß ein wesentlicher Teil des BSP (etwa $\frac{1}{3}$) durch den Außenhandel erwirtschaftet wird. Das erzwingt einerseits eine Hellhörigkeit und Öffnungsbereitschaft gegenüber der Außenwelt (wie sie für den Kosmopolitismus des Händlers typisch ist), steigert andererseits aber auch die Verletzlichkeit des Systems und folglich die unablässige Wachsamkeit. »Small is dangerous.«

Nicht von ungefähr ist das Sicherheitsbedürfnis des Schweizers besonders hoch. Die Schweiz ist das Land mit den meisten Versicherungspolicen und den höchsten Prämien pro Kopf der Bevölkerung.

2. Das doppelte Leiden am Kleinstaat

Das Gegenstück zur ständigen Wachsamkeit ist ein doppeltes Leiden an der Kleinheit: davor, den Anschluß zu verpassen und davor, angeschlossen zu werden.

a) Die Angst vor der Unbedeutsamkeit

Die große Abhängigkeit von äußeren Mächten und Konstellationen macht das zu geringe Eigengewicht, um diese Konstellationen in der gewünschten Richtung beeinflussen zu können, erst so richtig deutlich. Deswegen herrscht eine ständige Ängstlichkeit vor, nicht umgangen, überfahren, oder im wörtlichen Sinn »umfahren« zu werden. Wer von Basel nach Chiasso die Schweiz in nur 2 $\frac{1}{2}$ Stunden durchfährt, der könnte das kleine Land fälschlicherweise für eine etwas verbreiterte Trasse der Gotthardautobahn halten. Anfang der 60er Jahre

noch war dies ein gewichtiges Argument des Hoteliervereins gegen den Autobahnbau.

Da man die Abhängigkeit nicht abschütteln kann, muß man sozusagen ständig im Zentrum des Geschehens Präsenz bekunden. Man muß *sichtbar* bleiben, ernst genommen werden und darf den Anschluß nicht verpassen. Ein Großstaat kann eine Monroe-Doktrin verkünden, ein Kleinstaat wird dann zur Bananenrepublik.

(1) So wird verständlich, warum man hierzulande, mehr noch als in großen Flächenstaaten, an latenter *Überfremdungsangst* leidet. Zwar sind auch andere Länder heute vor ähnliche Migrationsprobleme gestellt, in einem Kleinstaat wie der Schweiz aber sind – allein schon wegen der höheren Sichtbarkeit des Problems – die sozialen Grenzen der Absorptionsfähigkeit schneller erreicht. Die seit 20 Jahren immer wieder neu (und bisher erfolglos) unternommenen Initiativen zur gesetzlichen Begrenzung der Ausländerzahlen (»Überfremdungsinitiativen«) sind bekannt. Das Problem ist aber nicht nur ein Gastarbeiterproblem, sondern grundsätzlicherer Art. Deswegen erstaunt es nicht, daß 1988 auch die Grenzgänger und Asylsuchenden als Problemgruppe »sichtbar« geworden sind (Grenzgänger-Initiative). Das Problem der Fremden scheint sich erst dann zu entspannen, wenn diese sich bis zur Selbstaufgabe angepaßt haben.

(2) Das Leiden am Kleinstaat schlägt sich auch in einer prinzipiellen Abwehr fremder Gebilde (EG, UNO, internationale Gerichtshöfe) nieder. Aus Angst vor möglichen Verlusten an Handlungsfähigkeit überwiegen auch hier Vorsicht und Abwarten. »Vorpellen« gilt auch in der Schweizer Außenpolitik als unklug und unnötig, da man Andere, Größere vorausgehen lassen kann, um von ihren Erwartungen zu lernen (vgl. Ablehnung des UNO-Beitritts).

(3) Besonders unheimlich ist der Schweiz seit dem Dritten Reich der sog. »große Kanton«, die Bundesrepublik Deutschland. Sie nimmt in der Beliebtheitsskala der Nachbarstaaten regelmäßig den letzten Platz ein: »Deutsch« wird offenbar zu stark mit Kämpfertum, Tüchtigkeit und Durchsetzungsfähigkeit assoziiert, was auf ein Unbehagen vor möglicher Kulturüberlagerung hindeutet. Frankreich hingegen als friedliche »große Kulturnation« löst solche Ängste nicht aus. Bei den Romands ist ein ähnlicher Vorbehalt gegenüber Deutschland nicht zu spüren. Deutschland ist hier zu kulturfern, Frankreich hingegen ein nötiges Gegengewicht gegen die Domination der Deutschschweiz (Vouga 1980: 91 ff).

3. Strategierichtungen des »face work« nach außen

Aus der hohen Verletzlichkeit durch die Außenwelt und der dauernden Wachsamkeit dieser gegenüber leiten sich zwei Arten des Identitätsmanagements ab, die Abkapselung und die Idyllisierung.

a) Die Abkapselung

Von vielen Beobachtern ist festgestellt worden, daß die Schweiz trotz ihrer hohen Außenverflechtung (oder gerade deswegen) ein dazu kontrastierendes, seltens geringes Interesse an der Außenwelt hat. Lokalnachrichten haben mindestens einen so hohen Stellenwert wie Auslandsnachrichten. Die internationale Orientierung ist ganz selektiv und von der Überempfindlichkeit gesteuert, unverbunden bleiben zu wollen und die Eigenart auf alle Fälle zu wahren. Man hat dies den »Igel-Komplex« genannt (Saurma 1977: 134).

Das Neutralitätsgebot in der Verfassung kommt dieser Einstellung in geradezu idealer Weise entgegen. Hugo Loetscher hat in seiner Satiren-Sammlung (1980) das risikoscheue Zuschauen und Abwarten als nationales Charakteristikum gedeutet, das der göttlichen Kontemplation des 7. Schöpfungstags entlehnt ist (»er sah, daß alles gut war«). Man lernt lieber aus der Beobachtung der anderen, betont das Nicht-Engagement. Auch hier heißt das, daß man die Sache erst reifen lassen muß, daß sie durch den langen Prozeß des Abschleifens hindurchgeschoben werden muß. Wenn die Übervorsicht nicht in offene Xenophobie und Abwehr umschlägt, weil man glaubt, sich weitere kulturelle Gräben nicht mehr leisten zu können, so wird höchstens das *partielle Engagement* für fremde Ereignisse bevorzugt.

b) Der »Mythos Schweiz« als Identitätssymbol

Die reservierte Haltung gegen das Fremde kontraphobisch überspringend, ist auch eine andere Form des Identitätsmanagements beobachtbar, die auf eine *Idyllisierung* der eigenen Lebensform (nach entsprechend feierlicher und heroischer Vorgeschichte) hinausläuft (Frisch 1971; Marchi 1971).

Hierbei werden bestimmte Symbole des nationalen Bewußtseins »ziviltheologisch« mit Frömmigkeitsgefühl besetzt (»Pietät kleiner Territorien«, »Pietät der Landschaft«, Pietät des Bundes [»Landigeist«]) (Saurma 1977: 124 ff). Liefen im ersten Fall die Dramatisierungen der Außenwelt auf eine Abwertung ihrer Qualitäten hinaus, damit man sich gegen diese immunisieren konnte, so wirkt die Dramatisierung nun ihrerseits als Selbststilisierung der Binnenwelt. Wenn die Außenwelt als fremd und sozusagen als defiziente Form der Schweiz stigmatisiert werden kann, dann bedeutet dies umgekehrt, daß letztere dadurch ein *Gruppencharisma* (bestehend aus Arbeitsethos, Verantwortungsbewußtsein und Bedächtigkeit [vgl. Meier/Rosenmund 1982: 45 f]) gewinnt, das gegen außen und innen zur Festigung der Ordnung eingesetzt werden kann. Jedenfalls wirken die Symbole der »sicheren«, »hoch entwickelten«, »friedlichen«, »schönen«, »sauberen« und »pluralen« Schweiz dergestalt, daß sie das Interesse des Auslands an diesem Kleinstaat lebendig halten.

nie beim Kanton, in erster Linie bei den 3 060 Gemeinden mit ihrer hohen Gemeindeautonomie.

In der Regel verfügen sie über bedeutende Rechtsetzungsbefugnisse in den Bereichen der Verwaltungsorganisation, der öffentlichen Unternehmen, der öffentlichen Bauten und Planungen, des Polizei- und in Teilen des Abgabe- und Finanzverwaltungsrechts. Gleichzeitig nehmen sie über weite Strecken den Vollzug des Bundes- und Kantonrechts mit den darin enthaltenen Weisungsmöglichkeiten wahr (Schmid 1983: 241).

Der Staatsaufbau erfolgt somit streng von »unten« auf der Basis eines kulturellen »Konglomerats von Munizipalitäten« (H. Kohn). Diese sind als intermediäre Gewalten also weitgehend intakt. Sie machen somit die regionale Pluralität und nationale Integration leichter erträglich (Weinberg 1975). Deswegen ist das Bürgerrecht einer Gemeinde (neben dem Einwohnerrecht) auch politisch und identifikatorisch immer noch bedeutsam.

Hinzu kommt die lokalsprachliche Färbung der Dialekte, die Zugehörigkeits- und Ausgrenzungserfahrungen weit unterhalb der 26 Kantonsgrenzen verankert (das Rätoromanisch im Kanton Graubünden kennt je nach Talschaft drei Unterdialekte). Das hohe identifikatorische Potential einer lokalorientierten Bevölkerung wird allerdings mit dem unbestreitbaren Nachteil erkaufte, daß das »Fremde« schon kurz hinter der Haustüre anfängt. Dadurch bedarf es eines hohen Aufwands, um den »parrochial« Orientierten für umfassendere Belange des Kantons, des Bundes oder »ännet dem Ozean« zu interessieren (»Kantönli-Geist«).

2. Die notwendige Symbolisierung der staatlichen Einheit

Die außerordentliche Fragmentierung der Schweiz als Staatsgebilde und Kulturraum verlangt intensive Vorkehrungen, um der Dauergefährdung der staatlichen Einheit wirksam entgegenzuarbeiten. Dafür haben sich eine Reihe von politischen Regelungen (»Verhandlungskultur«) und kulturellen Normen (»Sprachkultur«) eingespielt und bewährt, die diese Einheit symbolisieren und eine entsprechende Bewußtseinslage der Bevölkerung schaffen.

a) Verhandlungskultur oder Der institutionalisierte Kompromiß

Die große Vielfalt möglicher politischer und kultureller Spannungen in einem Kleinstaat haben frühzeitig die Überlegung aufkommen lassen, daß sich die Einheit nur bewahren lasse, wenn die Konflikte nicht bis zum letzten ausgekämpft würden, sondern frühzeitig in ein Ausgleichsverfahren einmündeten. So wird

verständlich, daß die schweizerische Politik mit einer Reihe von »Konsensbildungs-Verfahren« durchzogen ist:

(1) Das bekannteste Verfahren ist sicher die sog. »Zauberformel« der Bundesregierung. Seit Anfang der 50er Jahre herrscht eine permanente »große Koalition« der vier wichtigsten Parteien, die die Ministerposten nach der Formel 2:2:2:1 verteilen. Zum Leidwesen der kleinen Parteien erneuert sich diese Koalition nach den Wahlen beinahe automatisch. Überdies wird bei der Besetzung genau die religiöse, regionale und kantonale Repräsentanz beachtet. Dahinter scheint der Primat des Föderationsprinzips auf, wonach Probleme in gegenseitiger Abstimmung und nicht durch einseitige Durchsetzung oder im Dauerkonflikt zu bewältigen sind. Deswegen wird hier die Opposition nach innen in die Exekutive selbst verlegt. Dieses Verfahren schließt Wettbewerb allein aufgrund von »Persönlichkeit« oder weltanschaulicher Profilierung aus. Die Repräsentation des Staates erfolgt unbeschadet der jährlich rotierenden Funktion des Bundespräsidenten weitgehend kollektiv.

(2) Weitere wichtige Konsensregeln mit großer Steuerungskraft können hier nur stichwortartig aufgeführt werden:

- das seit über 50 Jahren praktizierte Friedensabkommen in der Metall- und Uhrenindustrie, welches die Tarifpartner verpflichtet, die Zusammenarbeit zu vertiefen, und Konflikte »nicht durch Kampfmaßnahmen zu verschärfen, sondern sie in Verhandlungen zu lösen« (Hettlage 1984: 485 f; 1987: 20 ff);
- die Besetzung der Bundesverwaltung und anderer gesamtschweizerischer Gremien entsprechend den Quoten der Sprachgemeinschaften an der Wohnbevölkerung der Schweiz bzw. sogar mit überproportionaler Berücksichtigung der Minderheiten;
- die Begrenzung von Konfliktpotentialen durch Ausdifferenzierung des Staatsgebietes (Gründung des Kantons Jura 1978);
- der plebiszitäre Charakter der Schweizer Verfassung mit ihren Initiativ- und Referendumsrechten. Die »Gefahr« möglicher Referenden gegen Gesetzesentwürfe des Parlaments zwingt die Politiker erfahrungsgemäß dazu, schon von Anfang an für die Lösung mit dem größten gemeinsamen Nenner zu stimmen;
- das Vernehmlassungsverfahren (Hearing), das bei allen wichtigen Gesetzesvorhaben eingesetzt wird, um alle bedeutsamen Entscheidungsträger und Gruppen von Anfang an in die politische Meinungsbildung einzubinden;
- die Multifunktionalität von Rollen im Kleinstaat (Geser 1981), z.B. das Milizsystem in Armee und Politik, das nicht nur Personalisierung und Informalisierung, sondern auch die Vorsichtigkeit im Umgang mit Menschen fördert, die einem später in anderen Funktionen vermutlich wieder begegnen werden.

All dies hat eine Verhandlungskultur herausgebildet, in der Ausgewogenheit vorherrscht. Sie bewertet friedensverträgliche Lösungen hoch und vermeidet den offenen Konflikt. Die Suche nach Versöhnlichkeit, Kompromiß und »freundeidgenössisch«-praktikablen Lösungen ist derart verinnerlicht, daß offene Konfrontation und unerbittlicher Kampf negativ berühren. Wer – vielleicht nach langem Streit – die »einvernehmliche« Lösung nicht unterstützt, sondern weiterkämpft, gilt leicht als »Zwänger«. Natürlich ist die Konflikthäufigkeit in der Schweiz deswegen nicht geringer als anderswo, nur gilt die Suche nach dem Kompromiß als typische, »gutschweizerische«, bewährte Tradition und weise Überlebensstrategie.

Dieser in die Alltagspraxis hineinreichende Habitus wurde von Schweizer Schriftstellern immer wieder auf die Hörner genommen (Frisch, Loetscher, Widmer, Brodmann u.a.). Denn auch die Schattenseiten sind unübersehbar. Konsens kann nicht immer erreicht werden. Um weiter miteinander auszukommen, muß der verbleibende Dissens einfach eingeklammert werden. Vieles der »malaise helvétique« (Lüthy) beruht gerade darauf, daß Konsens nicht erzielt, sondern simuliert wird, während das Geschiebe und Geziehe (die sog. »Ausmarchungen«) fernab in den kleinen personalisierten Zirkeln und Cliques hinter verschlossenen Türen weitergeht. Nach außen scheint aber der Konsens gewahrt. An der offiziellen Sprache läßt sich anderes auch nicht mehr heraushören.

b) »Sprachkultur« als symbolischer Ausdruck der Verhandlungskultur

An der Verdrängung des Dissens hat sich Max Frisch immer wieder gerieben. Dazu hat er in seinem Roman »Stiller« die böse Formulierung geprägt: Die Schweiz habe den Kompromiß so stark verinnerlicht, daß sie daran gar nicht mehr leiden könne. Wie auch immer, die Kehrseite generalisierter Vorsicht, Abwägung und »Differenzbereinigung« fördert zweifellos die Ent-Profilierung des Verhaltens und der Sprache. Wer immer nur verbindlich ist, muß alles vorausbedenken, kontrollieren, vorzeitig abklären, »relativieren«, bis das Gemeinte nur noch verdünnt und verwässert erhalten bleibt. Eine harte, zupackende Sprache wird deswegen als systemfremde Profilierungssucht auf Kosten anderer erlebt. Als sicherer gilt der demokratische Durchschnitt und das geringere Profil. Alles muß erst durch die Mühle der Verhandlungskultur getrieben werden, um nicht mehr als unausgewogen oder gar als »unschweizerisch« erlebt zu werden. Diese Haltung läßt sich an wenigen, fast beliebig herausgegriffenen Beispielen des alltäglichen Sprachgebrauchs illustrieren:

(1) Die ent-emotionalisierte Umgangssprache

Schon der Sprachausdruck ist in auffälliger Weise konsensorientiert und hat sich der Verhandlungskultur angepaßt. Das gilt nicht nur für die öffentliche Sprache.

Es findet sogar eine Sprachspaltung statt. Für (private und öffentliche) Verhandlungen, wo trotz aller Meinungsunterschiede der Bogen nicht überspannt werden darf, greift man – nicht nur wegen der größeren Sprachgewandtheit – auf die Mundart zurück, denn sie gilt als vertrauensbildend, verbindlich und gemütvoll. U.a. deswegen wird wohl in der Schweiz auf die sprachliche Einpassung der Ausländer so viel Wert gelegt! In Armee oder in Parlamentsdebatten, wo Schärfe, Präzision und Sprachdisziplin verlangt ist, bedient man sich des als zackig, überpointierend und affektfern erlebten Hochdeutschen. Hier spricht man, wie es heißt, »deutsch und deutlich«.

Aber auch in der Mundart lassen sich auffällige Ent-Emotionalisierungen aufdecken. Denn auf typisch deutsche Entschiedenheitsformeln und Selbstbehauptungsphrasen und auf jede Übertreibungsrhetorik mit Hilfe von Vokabeln wie »einzig«, »jeder«, »nichts«, »niemals«, »nie mehr« etc. wird weitgehend verzichtet. Sie gehören kaum zum Selbstdarstellungsbedürfnis des Schweizer. Vielmehr verpackt er Vorwürfe und Enttäuschungen in Vorsichtsformeln, die noch Verhandlungsspielräume eröffnen. So sagt man, man sei »eher nicht der Meinung«, man sehe eine Angelegenheit »eher nicht so«, man habe mit bestimmten Personen oder Positionen »eher Mühe«, um die Dramatik der eigenen Gegenposition zu entschärfen. Man zielt somit schon vorbereitend auf ein mögliches Einverständnis und laufende Revisionsbereitschaft.

Eine solche als »Konkordanz-Sprache« zu bezeichnende Ausdrucksform ist höchst funktional, denn sie bringt den Sprecher nicht in Argumentationsnotstand und ungewünschte Handlungszwänge. Die Kommunikationsfähigkeit bleibt erhalten. Man kann immer neue Wege ausloten, um miteinander auszukommen.

Wie hoch diese Dialogbereitschaft bewertet wird, soll an einer kleinen Episode klar gemacht werden:

Bei den kürzlichen Wahlen zur Kandidatur für den frei werdenden Sitz eines Regierungsrats im Kanton Basel-Land bediente sich einer der Kandidaten zur Vorstellung seiner Person und seines Programms der Formel »Wir wollen miteinander reden« (»Mir wei luege, mir wei rede mitenand«). Dem Wahlgremium galt dies als das richtige Wort zur richtigen Zeit (BAZ, Nr. 230: 30.9.1988).

Sicher, das sind alles nur Impressionen. Sie können aber mühelos ergänzt werden. Außerdem dürften manche Schweizer(innen) sich darin wiedererkennen.

(2) Sprachliche Gemeinsamkeitsappelle

Eine interessante Ausformung der Sprachkultur ist da zu beobachten, wo offen an die schweizerische Schicksalsgemeinschaft appelliert wird:

Immer dann, wenn der kulturelle Graben ins Spiel kommt und politische Debatten den gemeinsamen Grundwert der Konsensbereitschaft einer großen Bela-

Das Ergebnis dieser Fremdeinschätzung wirkt wieder nach innen zurück und stabilisiert das patriotische Bewußtsein vom historischen »Sonderfall Schweiz«. Deshalb konnte der Schriftsteller Peter Bichsel (1974) ausrufen: »Der Durchschnittsschweizer hält von der Schweiz genau dasselbe, was ein Durchschnittsengländer von der Schweiz hält.« Auch auf diese Weise wird Konsens gestiftet.

Das Symbol der Sicherheit ist nicht nur für den »Finanzplatz Schweiz« funktional, es wirkt auch nach innen beruhigend und selbstversichernd, denn es verbindet sich mit dem Symbol der »Friedlichkeit« (der Friedenspflicht von 1937, des »Energiefriedens« von 1988, aber auch der persönlichen Sicherheit und Ordnung). Wenn Unruhe auftaucht, etwa bei den Züricher oder Basler Jugendunruhen, dann sucht eine bestimmte Presse in einem ersten Impuls nach ausländischen Anstiftern, denn Unfriedlichkeit kann nur »unschweizerisch« sein. Das wird auch nach außen durch die »neutrale Schweiz« dokumentiert. Gerade wegen der anerkannten Friedlichkeit kann die Schweiz eine »Politik der guten Dienste«, als Geschäftsträgerschaft und Vermittler bei streitenden Parteien, als internationaler Konferenzort und als Sitz des Roten Kreuzes anbieten. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Die Symbolik bewährt sich und führt zur gewünschten Fremdwahrnehmung mit den entsprechenden Rückwirkungen.

Das Symbol »Friedlichkeit« steht im Konnotationszusammenhang mit »Ordnung« und »Verlässlichkeit«. Deswegen ist auch das Symbol »Sauberkeit« wichtig. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist ausdrücklich auf die »schöne, saubere Schweiz« sehr stolz, und dies hat ganz ohne Zweifel sein »fundamentum in re«. Aber der Bedeutungshorizont erscheint mir wichtiger: Denn Sauberkeit dient der Darstellung von Sicherheit, von Geordnetheit, Sorge um das Eigene und von Lauterkeit der Gesinnung. Alles ist vorzeigbar, nicht improvisiert; alles gut geplant, alles im Griff. Sauberkeit wird somit zum Synonym für die bewährte »gut-schweizerische« Ordnung.

III. Die beginnende Identitätskrise der Schweiz

Max Frisch hat schon vor rund 20 Jahren richtig erkannt, daß das Problem der Schweiz darin liegt, daß sie »durch den Lauf der Welt immer noch kleiner wird« (1970: 148). So mehren sich die Anzeichen, daß unter den veränderten Bedingungen einer ansatzweise entstehenden »Weltgesellschaft« das Identitätsmanagement der Schweiz nach innen und außen künftig weniger Erfolg haben könnte als bisher. Zwei Gründe wären dafür zu nennen:

1. Die Vielheit der Lebensstile in einer »einheitlichen Welt«

Im Zuge der Internationalisierung der Kontakte, des täglichen medienvermittelten Blicks auf die Welt und ihre Lebensstile, hat sich das Identifikationsangebot auch in der Schweiz vervielfältigt und ist offener, vorläufiger und beliebiger geworden. Die ganze Symbolik des geordneten Lebens, der souveränen Selbstbehauptung gegen fremde Einflüsse, des gelungenen Sonderfalls Schweiz vermittelt heute weniger inhaltliche Sinngarantie. Vielmehr scheint sich eine Entkopplung bestimmter Gruppen oder sozialen Kategorien von den gängigen Symbolen anzudeuten.

Ein solcher neuer Kulturgraben ist am Identitätsbruch mancher Teile der Schweizer Jugend abzulesen, die sich am Mythos Schweiz zu reiben beginnen (vgl. die Jugendunruhen in Zürich, Basel, Bern). Gewiß sind das nur punktuelle Ausbrüche. Daß die Loyalitäten und Legitimationsgrundlagen des Staates auch in der Schweiz knapper zu werden beginnen, zeigt sich aber auch in der allgemein skeptischeren Einstellung zur Politik und in der schärferen politischen Sprache (Reck 1988). In den Medien wird sogar die Frage nach der Effizienz und Innovationsfähigkeit des Systems insgesamt aufgeworfen, weil das ehemals behäbige (und daher wahlabstinente) Vertrauen in die »gnädigen Herren« und Frauen in Bern, die es »schon recht machen werden«, nicht erst seit der Affaire Kopp abhanden gekommen ist.

2. Die Herausforderungen der neuen Blockbildung in Europa

Daß ein nur partielles Engagement der Schweiz in der Welt künftig kaum realistisch ist, zeigt sich an der wachsenden Konkurrenz auf den internationalen Märkten, die durch den Binnenmarkt der EG von 1992 einen für die Schweiz bedrohlich und folgenreichen Ausdruck findet. Dementsprechend groß ist die Unruhe, daß der Kleinstaat auf diesen wichtigen Märkten den Anschluß verlieren könnte. Alarmiert weisen die Medien darauf hin, daß der Finanzmarkt seine Attraktivität einzubüßen beginnt, daß der internationale Flugtourismus die Touristenströme in Europa an der Schweiz vorbeikanalisiert und daß der gemeinsame Markt zur offenen Diskriminierung der Drittländer führen könnte. Erstmals sieht sich die Schweiz in diesem Jahrhundert in der Lage unfreiwilliger und unbeachteter – nicht mehr freiwilliger, aber beachteter Außenseiter des Weltgeschehens, also »einziger Ausländer Westeuropas« zu werden. Der Sonderfall wird zum Grenzfall. Konzessionen werden nicht zugestanden, wie die Schweizer Verhandlungsdelegation 1988 in Brüssel erstaunt feststellen mußte.

Als Reaktion sind beachtliche Symbolkonkurrenzen im Anwachsen. Neutralität ist nicht mehr Garant wirtschaftlicher und politischer Sicherheit. Die Frage einer Schweiz ohne Armee wird öffentlich diskutiert und findet bei manchen Parteien Rückhalt. Sicherheit wird heute nicht nur militärisch definiert, sondern auch wirtschaftlich und ökologisch. Und hier ist die Schweiz auf den Verbund angewiesen. Der Begriff Nation löst sich im Zuge der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verschränkungen vom territorialen Gesellschaftsverständnis des 19. Jahrhunderts ab. Damit ist die Schweiz in Zugzwang geraten. Sie muß nach neuen Identitätsmerkmalen suchen, die auch die »Europafähigkeit« einzu-beziehen haben. Diese Öffnungsnotwendigkeit ist ein Novum. Die Schweiz muß »vorpellen«, muß sich einmischen, wenn sie das Gesetz des Handelns be-halten will. Noch wird argumentiert, man sei vorderhand stark genug, um »drau-ßen« bleiben zu können. Aber an diesen Argumenten vorbei handeln wichtige Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft. Unternehmen errichten eigene »Europa-Direktionen« oder Zweigstellen im EG-Raum. Auch der Bundesrat wur-de 1988 vom Parlament aufgefordert, alle Gesetze auf ihre »Europaverträglich-keit« zu überprüfen und notfalls anzupassen.

All das setzt neue Daten, die nicht nur die Ängste des Kleinstaates, von frem-den Entwicklungen überrollt zu werden noch steigern werden, sondern auch in-tern zu neuen Grabenbrüchen und Fragmentierungen führen könnten. Denn wenn der Mythos Schweiz sich nicht mehr als tragfähig erweisen sollte, können auch die Desintegrationswirkungen im Inneren an Stärke gewinnen.

3. Ausblick

Kürzlich hat — bezeichnend genug — die Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Waadt ein Zukunftsszenarium entworfen, das, gedankenspielerisch zwar, von der Auflösung der Schweiz im Jahre 2010 infolge einer Größenkrise, des Konsensmangels und der Austrocknung des öffentlichen Lebens ausgeht (BAZ, Nr. 203: 30.8.1988). Natürlich kann man dagegen halten, daß das bisherige Identi-tätsmanagement durch Verankerung staatstragender Mentalitäten nicht erfolglos verlaufen war. Nur unterliegt es neuen Herausforderungen, ein Fließgleichge-wicht zwischen Öffnung und Schließung, Mythisierung und Normalisierung, Entspanntheit und Gespanntheit zu finden. Da von einer hohen Selbstbehaup-tungsfähigkeit der Nationen noch für längere Zeit ausgegangen werden muß und man sich — auch in der Generationenfolge — auf die Beharrungskraft der Mentalitäten berufen kann, spricht für das Erosionsszenarium eigentlich nicht viel. Vielmehr gewinnt das Transformationsszenarium an Wirklichkeitsnähe. Als »Normalstaat« Europas mit kleinen Dimensionen, aber beachtlicher Wirt-

schaftskraft wird die bisherige Selbstdarstellung der Schweiz zunehmend prekärer. Sie wird daher zu verstärkter Anpassung und laufendem Organisationswandel gezwungen sein. Das schließt nicht aus, daß nicht gleichzeitig auch Widerstände gegen den drohenden Kulturverlust wach und verstärkte Bemühungen um Identitätserhalt mobilisiert werden können.

Aber selbst das ist ohne laufend schöpferisch »bewirkte« Veränderung nicht tragfähig. Denn: »Die Schweiz, die nicht mehr imstande ist, sich einen neuen Sinn zu geben, löst sich auf, weil ihre alte Aufgabe in einem veränderten Europa weitgehend ihren Sinn verloren hat . . . Die Schweiz ist beim Wort genommen. Ihre Aufgabe ist zu sein, was sie behauptet zu sein« (Dürrenmatt 1980: 76).

Literatur

- Bichsel, Peter: Vorwort zu Meienberg, Nikolaus: *Reportagen aus der Schweiz*, Zürich 1974
- Bory-Lugon, Valerie: *Immigration et xénophobie dans la société Suisse*, Lausanne 1977
- Burke, Kenneth: *Language as Symbolic Action. Essays on Life, Literature and Method*, Berkeley/Los Angeles 1966
- Daalder, Hans: On building consociational nations: the cases of the Netherlands and Switzerland, in: *International Social Science Journal* (1971) 3: 355–370
- Dürrenmatt, Friedrich: Zur Dramaturgie der Schweiz, in: *Werkausgabe*, Bd. 28 »Politik«, Zürich 1980, 60–76
- Freymond, Jacques: By way of conclusion, in: *Government and opposition*, Vol. 23 (1988) 1: 103–108; Sondernummer: »Can the Confederatio Helvetica be imitated?«
- Frisch, Max: *Wilhelm Tell für die Schule*, Frankfurt 1971
- Frisch, Max: *Stiller*, Frankfurt 1970
- Geser, Hans: *Bevölkerungsgröße und Staatsorganisation*, Bern 1981
- Goffman, Erving: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt 1977 (Orig. 1974)
- Goffman, Erving: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*, München 1983, 4. Aufl.
- Hettlage, Robert: Interest-group conflict, consensus-building and »co-operative bargaining«: The Swiss industrial peace agreement as a model, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 140 (1984): 475–499
- Hettlage, Robert: Ist das Friedensabkommen in der Schweiz ein Modell für die Bundesrepublik?, in: Mitteilung der Vereinigung christlicher Unternehmer der Schweiz (VCU) »50 Jahre Schweizer Friedensabkommen« Nr. 290, 39. Jg. (1987): 20–27
- Loetscher, Hugo: *Der Waschküchenschlüssel oder Wenn Gott Schweizer wäre*, Zürich 1980
- Marchi, Otto: *Schweizer Geschichte für Ketzer oder die wundersame Entstehung der Eidgenossenschaft*, Zürich 1971
- Meier, Hans-Peter/Rosenmund, Moritz: *CH-Cement. Das Bild der Schweiz im Schweizervolk*, Zürich 1982
- Reck, Oskar: Nur der kritische Geist behauptet sich, in: *Die Weltwoche* No. 45, 10.11.1988

- Saurma, Adalbert: Politische Pietät: Zum Verhältnis von Religion und Politik, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 3 (1977) 1: 121–137
- Saurma, Adalbert: Zu einigen Formen politischer Pietät in der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 3 (1977) 3: 119–142
- Schmid, Carol L.: *Conflict and Consensus in Switzerland*, Berkeley/Los Angeles/London 1981
- Schmid, Gerhard: Funktionen des Rechts im politischen System der Schweiz, in: *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Bd. 1: Grundlagen, Bern/Stuttgart 1983: 214–250
- Vouga, Jean-Pierre: *Westschweizer, Deutschschweizer, Tessiner*, Neuchâtel/Zürich 1980
- Weinberg, Daniela: *Peasant Wisdom. Cultural Adaption in a Swiss Village*, Berkeley/Los Angeles/London 1975